

**Begegnungszentrum für
aktive Gewaltlosigkeit**
Wolfgangstr. 26
4820 Bad Ischl
Österreich - Austria - Autriche

DVR: 0717169

Tel. +43-6132-24590
E-mail: info@begegnungszentrum.at
www.begegnungszentrum.at
ZVR-Zahl: 716580903

Bankverbindung:
IBAN: AT92 2031 4006 0097 0305
BIC: SKBIAT21XXX



Jährlicher Mitgliedsbeitrag inkl. Rundbrief: (ab 6.3.2021)
für ordentliche Mitglieder:

€ 48,- Erwerbstätige, Lebensgemeinschaften und Familien

€ 21,- Erwerbslose

für außerordentliche Mitglieder: mindestens € 100,-

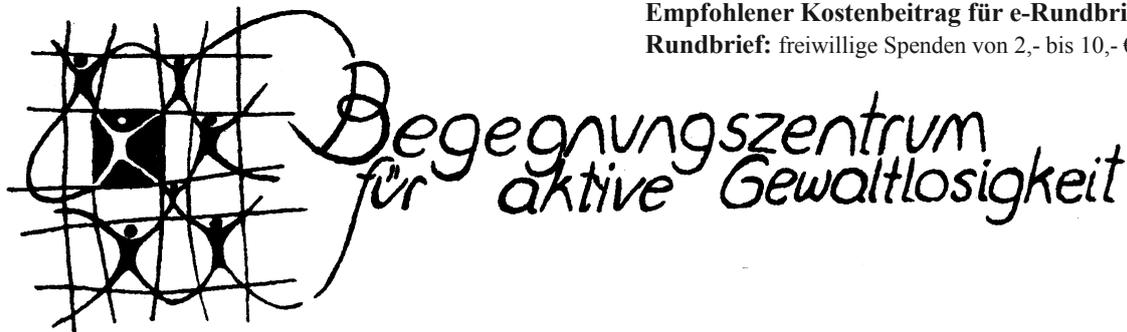
für unterstützende Mitglieder: in freiwilliger Höhe

Beitrittsgebühr:

Einmaliger Beitrag in gleicher Höhe wie der jährlicher Mitgliedsbeitrag. (Siehe oben - gilt als 1. Mitgliedsbeitrag)

Empfohlener Kostenbeitrag für e-Rundbrief-Infos und

Rundbrief: freiwillige Spenden von 2,- bis 10,- € monatlich



September 2022

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Die Hitzewelle im Sommer hat unsere Aktivitäten etwas gebremst. So konnten wir das Klimaticket im Sommer wenig verwenden. Wir hoffen im Herbst wieder mehr Interviews machen zu können. Ruft uns an wenn ihr uns einladen wollt mit euch zu sprechen.

Sehr gut gefallen hat mir das Interview mit Reinhilde Schütz über ihren vor 10 Jahren verstorbenen Mann und Friedensaktivisten Walter Schütz. Sie arbeitet gerade daran mit Weggefährten ein Buch mit zahlreichen zukunftsweisenden Texten von ihm zusammen zustellen. Die Radiosendung Begegnungswege vom 16. Juni 2022 aber auch diese vom 21. Juli 2022 mit vielen Interviews mit Ausstellern bei der Friedenskonferenz in Wien „Give Peace a Chance“ (worüber Gerhard Kofler ab Seite 3 berichtet) könnt ihr ebenso wie die Sommer-sendungen mit Lesungen von Michael Benaglio und Lieselotte Stiegler im CBA Archiv nachhören. (Links siehe Seite 16).

Da es heuer eine gutes Erntejahr für unsere Ringlotten, Kriacheln und Birnen war hatte ich alle Hände voll zu tun das Obst zu verwerten. Meldet euch wenn ihr gerne Marmelade oder Saft möchtet.

Mitten im Sommer gerade in der Zeit als wir vom VCÖ das untenstehende Schreiben erhielten bekamen wir vom Stadtamt Bad Ischl die Aufforderung binnen 14 Tagen unsere Sträucher entlang des Gehsteiges

176. Rundbrief (3/2022) 46. Jhg.

wegen Verbreiterung der Straße zurück zu schneiden.

„*Sehr geehrte Damen und Herren nachfolgend die heutige Presseaussendung des VCÖ. Die Hitzewellen werden künftig zunehmen. In Oberösterreich geben schon jetzt rund 400.000 Personen an, bei Hitze sehr stark bzw. stark körperlich belastet zu sein, macht der VCÖ aufmerksam. Hitze ist für viele Menschen eine Gesundheitsgefahr. Die Straßen in Städten und Gemeinden sind daher rasch an die Erderhitzung anzupassen, durch mehr Bäume und kühlende Grünflächen. ...* „

Da wir selber in der kurzen Zeit nicht genug zurückschneiden konnten, hat die Straßenverwaltung brutalst bis zur Grundgrenze alles gerodet und uns dafür noch eine Rechnung über 452,40 Euro geschickt.

Verzweifelt haben wir dann das Stadtamt die VCÖ Presseaussendung geschickt und unsere Straße bei der VCÖ-Website www.vcoe.at in einer Online-Karte bei den zu heißen Straßen und Plätze eingetragen.

Leider ist es Matthias danach sehr schlecht gegangen. Er hat die Hitze nicht vertragen und war wochenlang nicht mehr arbeitsfähig. So gab es in dieser Zeit weniger E-Rundbrief-Infos und wir waren froh, dass wir unsere Sommerradiosendungen schon im Voraus fertiggestellt hatten. Im Inhaltsverzeichnis auf Seite 16 findet ihr die Texte, die wir in diesem Rundbrief veröffentlichen, insbesondere zu Krieg, Umwelt, Klima

und Atomwaffen.

In der Hoffnung dass Matthias sich bald ganz erholt, suchen wir trotzdem dringend Leute die Matthias und auch mir in Zukunft Aufgaben abnehmen. Meldet euch wenn ihr bei uns im Verein mitarbeiten wollt.

Ich danke allen die schon einen Mitgliedsbeitrag oder Spende überwiesen haben und wünsche euch allen einen schönen Herbst, Friede, Kraft und Freude

Maria Reichl

Liebe Rundbrief-Leserinnen und -Leser!

Ich danke meiner Frau Maria, dass sie in ihrer Einleitung so einfühlsam unsere derzeitige Situation schildert und dass sie mühsam aus dem Berg von Informationen Wichtiges heraus gefiltert hat. Es passiert mir zum Beispiel oft, dass ich auf dem Weg zu anderen Räumen vergesse, was ich suche bzw. erledigen will. Ein Team von Psychologen will mit mir mein Gedächtnis und auch meine Bewegungen trainieren. Eine Ärztin hat mir sogar geraten, alles Negative zu ignorieren und nur an Positives zu denken, sehen, lesen... Das ist gut gemeint, aber schwierig zu praktizieren.

Wir freuen uns, wenn wir am 14. Oktober 2022 die neueste Doppel-CD von Konstantin Wecker „Utopia-Live“ erhalten. Eine Konzertreise mit Liedern und Texten, die von der Vergangenheit bis zur Zukunft reichen - auch um uns allen Mut zu machen.

Ich halte mich kurz damit noch Platz für die Zeichnung unserer Enkelin Mona bleibt, die den erhofften Frieden aus ihrer Sicht skizziert. (Das farbige Original findet ihr im PDF-Rundbrief Nr. 176.) Sie feiert Anfang Oktober ihren achten Geburtstag.

Es liegt an uns allen, dazu beizutragen, dass die Gegenwart und Zukunft eine lebenswerte(re) bleibt oder wird. Dazu will ich mit der Maria wieder vermehrt an anderen Orten Freunde und deren Veranstaltungen besuchen (und auch einladen) - so weit es unsere knapper werdenden Finanzen erlauben.

Wir danken euch für eure Unterstützungen und wünschen uns euch bald wieder zu begegnen.

Matthias Reichl



Zeichnung Mona Reichl (7 Jahre)

Nomore Hiroshima!

Für eine Welt OHNE Atomwaffen!

Seit den 1980er Jahren gibt es in Wien die Hiroshima Aktion, seit 1998 werden Grußbotschaften gesammelt für eine Welt ohne Atomwaffen, ohne Krieg und ohne AKWs. Diese könnt ihr in der website www.hiroshima.at nachlesen. Kontakt für weitere Informationen: pax.vienna@chello.at

6.08.2022 Matthias Reichl

Zum Hiroshima-Tag 2022

Nicht nur die Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki mahnen uns vor den vielfältigen Gefahren der „militärischen“ und „zivilen“ Technologien die uns weltweit bedrohen.

„Atomstaaten“, die sie in ihre „Verteidigungsstrategien“ explizit als Drohpotenzial integriert haben und andere sie als kontrollierbare Technologien anpreisen, welche - nicht nur in kriegerischen Konfliktzonen - als Zeitbomben weiter ticken. Noch ist es nicht zu spät um die Grundlagen dafür abzuschaffen und lebensfördernde weiter zu entwickeln und zu schaffen!

siehe E-Rundbrief Info 2190

Gerade wie wir unsere Texten für den Rundbrief schon fertiggestellt hatten, bekamen wir noch den Newsletter von Thomas Roithner. Da dieser eine gute Ergänzung zu den folgenden Texten im Rundbrief ist, drucken wir diesen hier (etwas gekürzt) ab.

Maria Reichl

18. 9.2022 Thomas Roitner

Friedens- und Sicherheitsstrategien, der Krieg, atomare Abrüstung, Neutralität und der Zivile Friedensdienst in Österreich

„Gedanken“ heißt die Sendung am Sonntagmorgen um 9.05 auf Ö1. Jakob Fessler hat mich für fast eine ganze Stunde zu einem überaus interessanten Gespräch inspiriert. Es ging viel um meine Gedanken, was Frieden eigentlich ist. Und natürlich über nukleare Abrüstung, Neutralität und mein Herzensanliegen: der Zivile Friedensdienst in Österreich. Ab heute 18.9.2022 7 Tage kostenlos reinhören <<https://oe1.orf.at/programm/20220918/691326/Der-Friedens-und-Konfliktforscher-Thomas-Roithner>>.

In einigen europäischen Ländern wird über „Sicherheit neu denken“, „Repenser le concept de sécurité“ und „Rethinking security“ gesprochen. Auch in Österreich: „Frieden ist möglich – aber sicher!“ zur gewaltfreien Gestaltung von Gesellschaft und Staat und wie wir Sicherheit neu denken können. Gemeinsam mit Pete Hämmerle habe ich in ei-

ner 1A-Zusammenarbeit mit „FREDA. Der Grünen Zukunftsakademie zur Förderung politischer Bildung und Kultur“ und dem Internationalen Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig diese kostenlos downloadbare und 152 Seiten starke Publikation herausgegeben. Gerne reinschauen! <<https://www.versoennungsbund.at/broschuere-frieden-ist-moeglich/>>

„World Free of Nuclear Weapons“. Zum 77. Jahrestag des Abwurfes der Atombombe über Hiroshima habe ich im Spiegel der Konferenzen zum Atomwaffenverbot in Wien vom Juni 2022 einige Beobachtungen festgehalten. Kostenlos in „Unsere Zeitung“ online nachlesbar <<https://www.unsere-zeitung.at/2022/08/06/world-free-of-nuclear-weapons/>>.

Sehr gerne verweise ich auf mein 2022 erschienenes Buch „Pistole, Panzer, Pandemie. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU“. Der Band ist in der Buchschmiede (vormals myMorawa) erschienen und kostet 15 Euro als Paperback. Mehr darüber online <<https://www.buchschmiede.at/app/book/57-Thomas-Roithner-Pistole-Panzer-Pandemie;bookType=PB>>.

Weitere aktuelle Publikationen, Medienberichte und Neuigkeiten zu #ZivilerFriedensdienstÖsterreich finden sich unter www.thomasroithner.at.

Herzliche Grüße und Gesundheit von

Thomas Roithner

Redaktion: Gerhard Kofler

Starke NGO-Friedens- und Umweltkonferenz „Give Peace a Chance!“ in Wien

Zusammenfassung wichtiger Aussagen der Konferenz

Über 160 Teilnehmer:innen verfolgten am 19. Juni 2022 live und online die von AbFaNG, dem IPB (International Peace Bureau) und WILPF (Women's Internat. League for Peace & Freedom) organisierte Konferenz „GIVE PEACE A CHANCE! – GEMEINSAM FÜR FRIEDEN, UMWELT- & KLIMASCHUTZ! – ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN!“ im ÖGB Catamaran in Wien. Namhafte internationale Vortragende und ein breit besetztes Podium aus österreichischen und internationalen Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen informierten über die Zusammenhänge von Friedens-, Umwelt- und Klimakrise, die Gefahren der Atomwaffen und ihren Einsatz für den Frieden.

In einer Begleitausstellung gaben 16 zivilgesellschaftliche Organisationen – die meisten von ihnen AbFaNG-Bündnispartner:innen – Einblick in ihr Wirken für Frieden und Menschenrechte sowie für den Schutz von Umwelt und Klima.

Auf der Website von AbFaNG, dem Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit, befindet sich ein detaillierter Nachbericht über die Konferenz mit allen Videos der Reden und Statements.

Bei der NGO-Konferenz betonte **Philip Jennings, Co-Präsident des International Peace Bureaus (IPB) und Generalsekretär a.D. der UNI Global Union**, in seiner Rede: „Im Grundsatzpapier der internationalen Gewerkschaft findet man bereits in den ersten Sätzen ein klares Bekenntnis zum Frieden und gegen Krieg, Massenvernichtungswaffen und Militarisierung sowie gegen die Kriegshetzer. Frieden ist also ein Grundanliegen der Gewerkschaften und steht nicht am Rande unserer Ziele. Wir Gewerkschafter:innen sind Praktiker für den Frieden im weitesten Sinne. Angesichts des Krieges in der Ukraine müssen wir uns wieder auf diese Grundwerte besinnen, neue Energie und neues Denken einbringen. Wir sind aufgerufen, den Frieden neu zu denken.“ Und Jennings forderte zum raschen Handeln auf: „Im Jahr 2022 steht die Menschheit vor der existenziellen Bedrohung durch Atomkrieg, Klimawandel und Pandemien. Hinzu kommt eine giftige Mischung aus Ungleichheit, Extremismus, Nationalismus, geschlechtsspezifischer Gewalt und schrumpfenden demokratischen Raum. Wie die Menschheit auf diese Bedrohungen reagiert, wird über ihr Überleben entscheiden. Es ist an der Zeit, dass die globalen Gewerkschaften, die Friedensbewegung und die Klimaaktivist:innen eine neue starke Koalition für den Wandel bilden, denn es gibt vieles, was uns eint.“

Die **Umweltmeteorologin und Klimaaktivistin Prof. Helga Kromp-Kolb** unterstrich diese Notwendigkeit für eine Koalition des Wandels. Sie sagte u.a.: „Ohne Frieden werden wir keine Nachhaltigkeit erreichen, aber ohne Nachhaltigkeit auch keinen Frieden. Es ist völlig illusorisch, dass wir Frieden erreichen können, wenn wir nicht gleichzeitig ökologische und soziale Nachhaltigkeit erreichen.“ Und führte dann näher aus: „Bei der vielzitierten Nachhaltigkeit geht es im Grunde einerseits um das ökologische Thema: Ökologie ist unserer Lebensgrundlage. Und es geht um das soziale Thema: Das Soziale macht das Leben lebenswert. Und es geht um die Wirtschaft, die ein Werkzeug ist, das wir entwickelt haben, um miteinander umzugehen, um das Leben zu erleichtern. Aber die Lebensgrundlage ist die Ökologie und was das Leben lebenswert macht, das ist das Soziale. D.h. die beiden Komponenten Ökologie und Soziales sind die wesentlichen. Das derzeitige Wirtschaftssystem ist nicht grundlegend für das Zusammenleben der Menschen. Friede hingegen schon. Friede und Nachhaltigkeit bedingen einander.“

Gegen die negativen Auswirkungen des kapitalistischen, also des auf Konkurrenzdenken und Gewinnmaximierung aufbauenden Wirtschaftssystems, bezog Gewerkschafter Jennings klar Position: „Wir Gewerkschafter:innen lehnen wirtschaftliche und politische Gewalt gegen Menschen ab. Wir lehnen die Faschisten, die Fremdenfeinde, die Rassisten und ihre rechtsextremen politischen Apparate ab. Wir lehnen Gewalt gegen Frauen* ab. Wir lehnen die Klimagewalt gegen unseren Planeten ab und wir betonen, dass es keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten gibt. Die „doomsday clock“ (Weltuntergangsuhr) steht bereits 100 Sekunden vor Zwölf – so knapp vor 12, wie nie zuvor in der Geschichte. Wir müssen jetzt handeln!“ Der Gewerkschafter forderte eine Welt ohne Atomwaffen und betonte die Dringlichkeit von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Trotz aller

Bedrohungen zeigte Jennings sich optimistisch: „Wir Gewerkschafter:innen trotzen, wir sind nicht besiegt. Wir fahren fort, uns zu organisieren. Wir sagen: Ohne Gerechtigkeit kein Frieden. – Und ohne Frieden keine Gerechtigkeit.“

Heidi Meinzolt, langjährige Aktivistin bei WILPF, betonte, dass „überall auf der Welt Militarismus und militärische Aktivitäten – unterstützt durch das globale Finanzsystem und Kriegsprofiteure – Gewalt im Namen der Sicherheit schüren, was u.a. zu einer Vertiefung der Ungleichheit und zu noch mehr Umweltzerstörung und Klimaerwärmung führt. Kein Leben – Menschen, Tiere und Pflanzen – auf unserem Planeten bleibt unberührt von Militarismus, der seinen Einfluss auf die Entscheidungsträger, in unseren Gesellschaften, in unseren Gemeinden, in unseren Schulen und in unseren Wohnungen und Häusern ausübt. Unser multilaterales System ist unfähig, die Grundsätze der UN-Charta und des Völkerrechts zu wahren und hat für immerwährende Konflikte gesorgt. Von der anhaltenden Unterdrückung in Palästina bis hin zur internationalen Eskalation des Militarismus nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine, bis hin zum Scheitern der internationalen ‚Stabilisierung‘ in Afghanistan - die Liste ist lang. Recht und menschliche Grundsätze wurden den geopolitischen Interessen unterworfen, auf Kosten der Menschen und des Planeten selbst.“ Im Namen von WILPF International wies Meinzolt weiter darauf hin, dass es eindeutig an einer globalen Führungsrolle für den Frieden mangelt. Sie kritisierte, u.a. dass „Instrumente wie die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit in patriarchalische Strukturen eingebunden wurden, anstatt sie als Vehikel für Veränderungen zu nutzen.“ Und dass weltweit „die Definitionen von ‚Sicherheit‘ rigide militarisiert bleiben, die weltweiten Militärausgaben auf einen nie da gewesenen Rekord hochgeschneit sind und selbst Atomwaffen jetzt als ‚brauchbar‘ und nicht mehr als undenkbar dargestellt werden“.

Der Politologe **Prof. Heinz Gärtner** beleuchtete in seinem Statement die Rolle Österreichs in einer zunehmend polarisierten Welt, „in einer Welt der Großmacht Konkurrenz zwischen USA, China und Russland, wobei Russland der erste Staat ist, der versucht mit einem Krieg in dieser Großmacht Konkurrenz zu überleben. Ich sage der erste Krieg, weil mehrere könnten noch folgen könnten. Polarisierung ist immer mit Bündnisbildung verbunden.“ Und Gärtner stellte die Frage, welche Möglichkeiten kleinere Staaten in einer polarisierten Welt haben, und führte aus: „Sie können sich einem Bündnis anschließen, weil es das Versprechen gibt, dass sie Schutz bekommen. Der ‚Nuclear Umbrella‘ ist eine Form des Schutzversprechens. Der Artikel 5 des NATO-Vertrages, der eine Beistandsverpflichtung enthält, ist die andere Form des Schutzes. Man bekommt ein Schutzversprechen – ob es eingehalten wird, weiß man nicht, aber man ist natürlich auch ‚gefangen‘ in fremden Kriegen teilzunehmen. Wenn es zu einem Artikel-5-Beistand kommt, ist man verpflichtet im Rahmen der ‚Solidarität‘ dem angegriffenen oder bedrohten Staat beizustehen. Die zweite Möglichkeit für kleine Staaten ist – wohlgemerkt es gibt nur zwei Möglichkeiten –, sie bleiben oder werden neutral, d.h. sie bleiben außerhalb der Großmacht Konkurrenz, wie wir es bereits während der Zeit des Kalten Krieges gesehen haben.“

Erste Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag – Höhepunkt der Nuclear Ban Week in Wien

Und Gärtner führte weiter aus: „Jetzt hören wir sehr oft, dass Neutralität nicht mit Solidarität vereinbar ist, weil Solidarität ausschließlich als militärische Solidarität interpretiert wird, d.h. man scheint gezwungen, sich einem Bündnis anzuschließen, einem Nuklearbündnis, um solidarisch zu sein. D.h. konsequenterweise auch, dass wir die Neutralität aufgeben und einem Nuklearbündnis beitreten müssten. Ich behaupte aber, dass das Gegenteil der Fall ist. Österreich muss nach den historischen Erfahrungen der beiden Weltkriege sehr aufpassen. Die militärische Solidarität kann auch die falsche Solidarität sein. Das Gegenteil ist der Fall und deshalb sitzen wir heute auch in Wien, weil die Neutralität eine notwendige Bedingung für die österreichische Initiative für das Zustandekommen des Atomwaffenverbotsvertrags ist, d.h. zuerst 2010 für die humanitäre Initiative und dann 2017 für den Verbotsvertrag und jetzt die TPNW-Staatenkonferenz in Wien (Anm: TPNW = Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons). Kein Nuklearwaffenstaat, kein Staat in einem Nuklearbündnis hätte diese Initiative ergreifen können, dazu war ein neutraler Staat notwendig. Deswegen war und ist die Neutralität eine Voraussetzung, um Solidarität unter den Nicht- Nuklearwaffenstaaten zu bilden. Das ist, was Österreich gelungen ist, aber nur, weil es neutral war.“

Somit ist Österreich heute der wichtigste Staat in der Europäischen Union, der neutral ist und der eine Brücke bauen kann zu den nicht-paktgebundenen Staaten des Globalen Südens. Die meisten Unterzeichner des TPNW kommen aus dem Globalen Süden. In Europa gibt es sehr wenige teilnehmende Staaten, weil wir die NATO haben. Österreich sollte daher keinesfalls auf seine Neutralität, auf diese wertvolle Möglichkeit Brücken zu bauen, verzichten.“ Man sollte auch in Erinnerung rufen, dass Österreich bereits 1955 ein nuklearwaffenfreier Staat war, da in unserem Staatsvertrag bereits das Verbot des Besitzes oder der Anschaffung von Atomwaffen verankert ist.

Der österreichische **Mediziner und Friedensaktivist Dr. Klaus Renoldner**, IPPNW / OMEGA, informierte auf der NGO-Konferenz über die medizinischen und humanitären Gefahren und langfristigen Folgen von Atomwaffeneinsätzen. Er betonte, dass „die katastrophalen Auswirkungen von Nuklearangriffen sich weder zeitlich noch räumlich eingrenzen lassen und die humanitären Konsequenzen ‚wahllos‘ alle betreffen.“ Die nukleare Abrüstung ist daher die höchste Abrüstungspriorität der Vereinten Nationen.

Vanessa Griffen, pazifische ICAN-Aktivistin und WILPF-Mitglied, zeigte die bis heute andauernden schweren gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen von Atomwaffentests auf die Bevölkerung im pazifischen Raum und sieht durch den TPNW endlich Möglichkeiten, dass den Opfern heute Wiedergutmachung erfährt. Die Konferenz und die Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag unterstrichen wie wichtig es ist, die Erkenntnisse von Wissenschaftler:innen und Überlebenden in den diplomatischen Diskurs über Atomwaffen einfließen zu lassen.

Rebecca Johnson, Friedensaktivistin und Mitbegründerin von ICAN, der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, sprach über die Chancen und weitere Entwicklung des Atomwaffenverbotsvertrags.

Die erste von den Vereinten Nationen einberufene Staatenkonferenz „First Meeting of States Parties“ (1MSP) zum TPNW (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons / Atomwaffenverbotsvertrag AVV) fand im Juni im Vienna International Center unter Vorsitz des österreichischen Diplomaten Alexander Kmentt statt. Die 1MSP war Teil der „Nuclear Ban Week“, die sich aus dem zweitägigen ICAN Nuclear Ban Forum (18.-19.6.), der NGO-Konferenz „Give Peace a Chance!“ (19.6.), der Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapon des BMEIA (20.6.9) und schließlich der UN-Konferenz 1MSP (21. – 23.6.2022) zusammenfügte. An der 1MSP nahmen 65 TPNW- Vertragsstaaten teil und weitere Staaten als Beobachter, unter ihnen erstmals NATO-Staaten wie Deutschland oder die Niederlande. Die Vertragsstaaten verdeutlichen mit ihrem Engagement eindrucksvoll, dass sie die Renaissance des nuklearen Wettrüstens strikt ablehnen.

ICAN, International Campaign Against Nuclear Weapons, bekam 2017 den Friedensnobelpreis für die Bemühungen, den gemeinsam mit profilierten Diplomaten – unter ihnen Alexander Kmentt – erarbeiteten Entwurf für einen Vertrag für das Verbot von Atomwaffen.

ICAN fasst die Notwendigkeit der Schaffung eines Atomwaffenverbotsvertrags wie folgt zusammen: „Atomwaffen sind die unmenschlichsten und zerstörerischsten Waffen, die je geschaffen wurden. Sie haben katastrophale humanitäre und ökologische Folgen, die sich über Jahrzehnte und Generationen erstrecken; sie schüren Angst und Misstrauen unter den Nationen, da einige Regierungen damit drohen können, ganze Städte im Handumdrehen auszulöschen; die hohen Kosten für ihre Herstellung, Wartung und Modernisierung ziehen öffentliche Mittel von der Gesundheitsversorgung, Bildung, Katastrophenhilfe und anderen lebenswichtigen Dienstleistungen ab. Die völkerrechtliche Ächtung dieser unmoralischen, unmenschlichen Waffen war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu ihrer Abschaffung.“

Mit der Verabschiedung des UN-Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) am 7. Juli 2017 hat die Mehrheit der Welt einen entscheidenden Schritt getan, um diese atomwaffenfreie Zukunft Wirklichkeit werden zu lassen. Am 22. Jänner 2021 trat der TPNW endgültig in Kraft. 2017 stimmten in der UN-Versammlung 122 Staaten dem Vertrag zu, bis heute (10. Juni 2022) haben 86 Staaten den TPNW unterschrieben und davon 66 Staaten ratifiziert. Unter diesen befindet sich keiner der 9 Atomwaffenstaaten und kein NATO-Staat.

Beim First Meeting of States Parties betonte Alexander Kmentt in seinem Schlussstatement, dass erfreulicherweise diese UN-Konferenz der Partnerstaaten die gesteckten Ziele ‚übererfüllte‘ und damit ein weiterer Schritt in eine atomwaffenfreie Welt gesetzt wurde. Bereits die Vorkonferenzen in der Nuclear Ban Week lieferten viele Details über

die Risiken von Atomwaffen – von Umweltschäden durch Atomtests bis zu den Auswirkungen durch Hyperschallraketen und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Militärbereich.

Die Beobachterstaaten im NATO-Bündnis betonten, dass sie dem Vertrag nicht beitreten zu können, solange die NATO eine Strategie der nuklearen Abschreckung verfolge. Doch drückte die deutsche Delegation Verständnis aus für humanitäre Perspektive des TPNW und signalisierte Interesse zu den Themen Opferbeihilfe und Umweltsanierung, also Wiedergutmachung nach Atomwaffeneinsätzen und -tests. Johannes Oehler, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland, unterstrich die Bedeutung des Verbotsvertrags: „Das Treffen der Staaten ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des nuklearen Tabus gegen den Einsatz von Atomwaffen. Es stellt die nukleare Abschreckungspolitik der Atomwaffenstaaten und die steigenden Investitionen in die Modernisierung von Arsenalen mit den Mitteln des Völkerrechts in Frage.“ Im Zentrum der Konferenz stand die Stärkung der humanitären Sicherheit. Stimmen aus der Zivilgesellschaft, insbesondere der Betroffenen von Atomwaffentests- und Einsätzen kamen zu Wort. ICAN stellt auf der neuen Website die Geschichte und Fakten zu den über 2.000 durchgeführten Atomwaffentests bereit.

Beim Abschluss der 1MSP im Vienna International Center wurde eine „**Wiener Erklärung**“ vorgestellt, in der es u.a. heißt:

- Die TPNW Vertragsstaaten brachten ihre Besorgnis und Bestürzung über die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen zum Ausdruck und verurteilten unmissverständlich „alle nuklearen Drohungen, seien sie explizit oder implizit und ungeachtet der Umstände“.
- Die Vertragsstaaten bekräftigten, dass der TPNW unter diesen Umständen mehr denn je benötigt wird, und beschlossen, „seine Umsetzung voranzutreiben, um Atomwaffen weiter zu stigmatisieren und zu delegitimieren und kontinuierlich auf globaler Ebene starke zwingende Vorschriften bzw. Gesetze gegen diese Waffen zu schaffen.“
- Die Erklärung bekräftigte die humanitäre Grundlage des Vertrags und die moralischen, ethischen und sicherheitspolitischen Gebote, die seine Schaffung inspiriert und motiviert haben und die nun seine Umsetzung vorantreiben und leiten.
- Die Vertragsstaaten beschlossen, die Umsetzung aller Aspekte des Vertrags voranzutreiben, einschließlich der positiven Verpflichtungen, die darauf abzielen, den durch den Einsatz und die Tests von Atomwaffen verursachten Schaden zu beheben.
- Sie bekräftigten ferner die Komplementarität des Vertrags mit dem internationalen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregelwerk, einschließlich des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV / „Atomwaffensperrvertrag“), und verpflichteten sich, den NVV und alle Maßnahmen, die wirksam zur nuklearen Abrüstung beitragen können, weiterhin zu unterstützen.
- Die Erklärung schloss mit den Worten: „Angesichts der katastrophalen Risiken, die von Atomwaffen ausgehen, und im Interesse des Überlebens der Menschheit ... werden

wir nicht ruhen, bis der letzte Staat dem Vertrag beigetreten ist, der letzte Sprengkopf abgebaut und zerstört wurde und die Atomwaffen vollständig von der Erde verschwunden sind.“

Weitere auf der 1MSP beschlossene Verbesserungen und Konkretisierungen im TPNW:

Jene Vertragsstaaten, die sich als von der Nutzung und den Tests von Atomwaffen betroffen betrachten, erklärten sich u.a. bereit bis zur nächsten Konferenz (Ende 2022):

- * mit der Überprüfung der Auswirkungen des Atomwaffeneinsatzes in ihrem Land zu beginnen
- * einen nationalen Plan zu entwickeln, um denjenigen zu helfen, die von Kernwaffeneinsätzen und -tests betroffen sind, und um die Umwelt zu sanieren

Weiters haben sich die Vertragsstaaten zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft und besonders betroffener Gemeinschaften verpflichtet sowie zur Sicherstellung, dass diese Arbeit inklusiv und transparent ist, einschließlich der engen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), der Wissenschaft, den betroffenen Gemeinschaften und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft. Außerdem bekennen sich die Vertragspartner zur Umsetzung der Gender- Bestimmungen des TPNW sowie zur Entwicklung von Richtlinien, um alters- und geschlechtsspezifische Hilfe für diejenigen zu gewährleisten, die durch den Einsatz und die Erprobung von Atomwaffen geschädigt wurden.

Im Vertragstext zur Abschaffung von Kernwaffen (Artikel 4) kamen die Staaten überein, eine Frist von 10 Jahren für die Eliminierung von Atomwaffen zu setzen, wenn nuklear bewaffnete Staaten dem TPNW beitreten, und 90 Tage für die Entfernung der Waffen aus den Staaten mit Atomwaffenbasen, wenn diese dem Vertrag beitreten.

Es wurde beschlossen, eine wissenschaftliche Beratergruppe einzusetzen, die die Vertragsstaaten beraten und regelmäßig über den Stand und die Entwicklungen in Bezug auf Atomwaffen, Atomwaffenrisiken, die humanitären Folgen von Atomwaffen, nukleare Abrüstung und damit zusammenhängende Fragen berichten soll. Auch war man sich einig, dass die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien für Abrüstung und Nichtverbreitung, wie der IAEO und der CTBTO, verbessert werden muss.

Die Vertragsstaaten haben Beschlüsse zur weiteren Ausgestaltung des Vertrags getroffen, dazu zählen u.a. der Beschluss einer politischen Erklärung (<http://abfang.org/wp-60db5-content/uploads/2022/07/Wiener-Erklarung-des-1-Treffens-der-Vertragsstaaten.pdf>) die Bestürzung und Beunruhigung über Drohungen mit Atomwaffen und intensivierte nukleare Rhetorik ausdrückt sowie alle expliziten und impliziten Drohungen mit Atomwaffen, unabhängig von den Umständen, verurteilt.

Quelle: Aktionsbündnis für Frieden und Aktive Neutralität und Gewaltfreiheit: <http://abfang.org/friedensprojekte/friedenskonferenz-19-6-2022/>

Dort gibt es auch Fotos und weiterführende Links.

Buchtipps

Neue Bücher und Materialien in unserer Bibliothek

1. VERGANGENHEIT - GEGENWART - ZUKUNFT - PHILOSOPHIE - SOZIOLOGIE

101 4965 Redaktion Tauwetter **Unsere Zukunft: EINFACH LEBEN?!** Nr. 2/21 Redaktion Tauwetter 2021 Tauwetter Spende
www.tauwetter.franziskaner.de ISSN 1618-05501

102 4964 Kerstin Putz: **Vom Ende aus gesehen.** Was fasziniert uns am Weltuntergang? JBZ arbeitspapiere 57. JBZ Salzburg 2022 Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen kostenloser Download
jungk-bibliothek.org ISBN 978-3-902876-49-2

3. POLITISCH ARBEITEN UND ORGANISIEREN - ALTERNATIVE PROJEKTE

301 4963 Christoph Pfluger (Hg.): **Die gleichzeitige Veränderung von allem. Blow up.** Zeitpunkt für friedliche Umwälzung 169. 2022 Zeitpunkt Verlag EUR 15,- www.zeitpunkt.ch ISBN 978-3-907263-09-9

302 4969 Helena Norberg Hodge: **Lokal ist unsere Zukunft.** Schritte zu einer Ökonomie des Glücks. 2022 Verlag Neue Erde EUR 16,- ISBN 978-3-89060-819-8

4. GEWALT - GEWALTFREIER WIDERSTAND

401 4959 Margot Käßmann/ Konstantin Wecker (Hg.) **Entrüstet euch!** Von der bleibenden Kraft der Pazifismus. 2022 bene! Verlag/ Knaur Verlag EUR 19,- ISBN 978-3-96340-249-4

5. FRIEDE - KRIEG - MILITÄR - WEHRDIENSTVERWEIGERUNG - RÜSTUNG

501 4954 Margot Käßmann, Konstantin Wecker, Annelie Keil, Andreas Zumach u.a. **Frieden.** Publik-Forum Extra, Mai 2022 2022 Publik-Forum EUR 8,70 ISBN 978-3-88095-355-0

10. MANAGEMENT - WIRTSCHAFT - ARBEIT - LANDWIRTSCHAFT

1001 4957 Marc C. Theurillat: **Veränderung ist möglich.** Solidarisch wirtschaften für eine nachhaltige Gesellschaft. 2022 Zbinden/ Rudolf-Steiner-Verlag CHF 28,80 ISBN 978-3-85989-455-6

13. UMWELT - NATURSCHUTZ - GENTECHNIK - NANOTECHNOLOGIE

1301 4958 Mojib Latif: **Countdown.** Unsere Zeit läuft ab - was wir der Klimakatastrophe noch entgegensetzen können. 2022 Herder Verlag EUR 22,- ISBN 978-3-45139271-9

14. GESUNDHEIT - ERNÄHRUNG

1401 4956 Dr. med. Eberhard J. Wormer: **Natürliche Antidepressi-**

va. Sanfte Wege aus dem Stimmungstief. Kompakt-Ratgeber. 2022 Mankau Verlag EUR 12,- ISBN 978-3-86374-644-3

1402 4955 Dr. med. vet. Dorina Lux: **Grüne Hausapotheke für Katzen.** Heimische Heilpflanzen sicher anwenden, Kompakt-Ratgeber 2022 Mankau Verlag EUR 12,- ISBN 978-3-86374-655-1

16. ENERGIE - ATOMTECHNOLOGIE

1601 4966 Nuclear Free Future Foundation u.a. (Red.) **URAN Atlas.** Daten und Fakten über den Rohstoff des Atomzeitalters 2022. Nuclear Free Future Foundation u.a. (Red.) 2022 Nuclear Free Future Foundation nuclear-free.com Kostenloser Download

17. PÄDAGOGIK - BILDUNG

1701 4967 Michaelleen Doucleff: **Kindern mehr zutrauen.** Erziehungsgeheimnisse indigener Kulturen. stressfrei - gelassen - liebevoll. 2021 Kösel Verlag EUR 22,- ISBN 978-3-466-31152-1

18. PSYCHOLOGIE - LEBENSGESTALTUNG

1801 4960 Anselm Grün: **Abschiede - Aufbruch in neue Welten** Vom Mut loszulassen und der Kraft weiterzugehen. 2022 Herder Verlag EUR 22,- ISBN 978-3-451-03400-8

1802 4970 Katarina Schickling: **Die besten ECO HACKS** Tipps und Tricks für den Alltag. Einfach nachhaltig leben 2021 Goldmann Verlag EUR 10,- ISBN 978-3-44217912-1

22. CHRISTENTUM - SPIRITUALITÄT

2201 4962 Papst Franziskus mit Marco Pozza: **Von Lastern und Tugenden.** Die Balance des Lebens finden. 2022 Herder Verlag EUR 18,- ISBN 978-3-451-339214-6

23. ENTWICKLUNGSPOLITIK - GLOBALISIERUNG - DRITTE WELT

2301 4968 Matthias Maier, Missionszentrale der Franziskaner: **Kontinuität des Unrechts.** Das koloniale Erbe von Entwicklung und Mission. Grüne Reihe 122. (In Deutsch und Englisch) 2022 Missionszentrale der Franziskaner Gegen Spende ISSN 9192-8452

26. MITTEL-OSTEUROPA - BALKAN

2601 4961 Martin Machovec: **Writing Underground.** Reflections on Samizdat Literature in Totalitarian Czechoslovakia. 2019 Karolinum Press ISBN 978-3-80-246-4125-6

* * * * *

IMPRESSUM:

Inhaber, Herausgeber und Redaktion: Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit, Wolfgangstr. 26, A-4820 Bad Ischl. Eigenvervielfältigung (Layout und Druck: Maria Reichl). Verlagsort: Bad Ischl.

Die Globalisierung erklärt von Helena Norberg-Hodge

Im Jahr 1991 veröffentlichte Helena Norberg-Hodge ein Buch, das um die Welt ging. Unter dem bezeichnenden Titel „Ancient Futures“ berichtete sie über ihre Erfahrungen in Ladakh und über den Wandel, den sie dort in mehr als zwanzig Jahren als Europäerin in diesem Landstrich am Fuße des Himalaya miterlebt hat. In der ersten Zeit ihres Aufenthalts lebte man in dieser Region noch nach einem Jahrtausende alten Rhythmus, der ein würdiges, wenn auch spartanisches Leben sicherte. Das Leben war geprägt von landwirtschaftlicher Tätigkeit und die Ernte diente dem Lebensunterhalt, den lokalen Gemeinschaften, einer gerechten Verteilung, dem Tauschhandel mit den Nachbargemeinden und dem Gemeinschaftssinn. Aber mit dem Einzug der Globalisierung wurde das Leben auch in diesem abgelegenen Landstrich nicht nur gestört, sondern durch ein wenig nachhaltiges ersetzt.

2011 war Helena Co-Regisseurin und Co-Produzentin des Dokumentarfilms „The Economics of Happiness“, der ein großer internationaler Erfolg war. Der preisgekrönte Film ist eine spannende und gut dokumentierte Kritik an den Auswirkungen der Globalisierung auf unsere Welt. Helena gehört inzwischen zu den Experten, die der König von Bhutan um sich versammelte, um ein Wirtschaftssystem zu entwickeln, das eine Alternative zu dem von den westlichen Demokratien propagierten System darstellt und das anstelle des BIP – des Bruttoinlandsprodukts – das Inlandsprodukt des Glücks und Wohlbefindens berücksichtigt.

Viel der heutigen Kritik an den Auswirkungen der Globalisierung verdanken wir den einzigartigen Erfahrungen von Menschen wie der schwedischen Wissenschaftlerin Helena Norberg-Hodge, die 35 Jahre in der Himalaya-Region Ladakh verbrachte. In dieser Zeit konnte sie mit eigenen Augen beobachten, wie sich eine isolierte ländliche Gesellschaft, die komplett eigenständig und nachhaltig war, in eine nicht nachhaltige Gesellschaft verwandelte, sobald sie mit der westlichen Wirtschaft in Berührung kam, die seit den 1970er Jahren auch in diesen abgelegenen Teil des Himalaya vordrang. Der Einfluss des Westens auf diese Gemeinschaften war so stark, dass er die Wissenschaftlerin dazu veranlasste, die Paradigmen unseres kulturellen Wirtschaftssystems, die sie für selbstverständlich hielt, in Frage zu stellen. Sie hinterfragte auch die Natur und die Gerechtigkeit der westlichen Herangehensweise im Hinblick auf abgelegene Gemeinden durch die Globalisierung.

Im Zuge des Wandels, der sich in Ladakh vollzog, konnte Helena nicht umhin, festzustellen, dass die Gemeinschaften in kurzer Zeit ihre kulturelle Identität und ihre traditionellen Lebensgrundlagen verloren. Und sie verloren vor allem die jüngeren Generationen. Unter dem äußerst verlockenden Einfluss der materiellen Güter, die sie nun erwerben konnten, wenn sie eine westliche Ausbildung und Lebensweise annahmen, die sich von der ihrer Gemeinschaften völlig unterschied, begannen die jungen Menschen, sich selbst, ihre Gemeinschaften und ihre Lebensweise mit westlichen

Augen und Maßstäben zu betrachten, und plötzlich war aus einer glücklichen, einfachen und nachhaltigen Lebensweise Armut geworden, ohne Komfort, ohne materielle Güter und ohne Geld. Sobald die Jugendlichen die westliche Sichtweise angenommen hatten, betrachteten sie ihr eigenes Volk mit Scham und Verachtung. Mit der Zeit mussten auch diese jungen Menschen, als sie erwachsen wurden, zugeben, dass das eine Illusion war. Der materielle Wohlstand kam nicht für alle, sondern nur für einige wenige, und er hinterließ eine Spur von Zerstörung und eine durch Drogen verwüstete Generation, die in den traditionellen Gemeinschaften völlig fehlten, in der westlichen Welt aber weit verbreitet waren.

Die Globalisierung erklärt von Helena Norberg-Hodge

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Globalisierung ein wirtschaftlich äußerst erfolgreiches System war und ist, aber was genau ist Globalisierung? Die Definition im Wörterbuch besagt, dass es sich um ein universelles System handelt, in dem Waren und Finanzen frei und ohne Regeln bewegt werden können, aber seit wann gibt es dieses System? Man könnte es als eine neue Form der Kolonisierung betrachten: Vor 500 Jahren haben europäische Schiffe den größten Teil der Welt kolonisiert und versklavt, heute geschieht dies durch eine Schuldenpolitik, die oft als Entwicklungshilfe für die Länder der nicht-industrialisierten Welt getarnt wird. Was sind aber nun die unbequemen Wahrheiten der Globalisierung? Zunehmende psychische Erkrankungen sind sicherlich eine der sichtbaren Auswirkungen. Depressionen sind zum Beispiel in England, in Teilen der Vereinigten Staaten und jetzt auch aufgrund der lang anhaltenden Dürre in Australien endemisch geworden. Der Konsum hat die natürlichen Ressourcen unseres Planeten ausgehöhlt, wird aber durch die Globalisierung unermüdlich gefördert, während er gleichzeitig enorme Mengen an Müll produziert, die die Städte nicht mehr bewältigen können. In armen Ländern steigt die Landflucht in die großen Metropolen unaufhaltsam und vergrößert die Armut, anstatt sie zu verringern.

Die Globalisierung befeuert mit ihrem System des Transports von Waren aus fernen Ländern zu den Verbrauchern den Klimawandel. In reichen Ländern werden die gleichen Mengen eines Produktes exportiert, wie sie importiert werden. Zu jedem Zeitpunkt werden Produkte von einem Land zum anderen quer über den Planeten transportiert. Es ist völlig normal, dass ein europäisches Land Butter in einer solchen Menge herstellt, wie es sie exportiert und die gleiche Menge wieder importiert, dasselbe gilt für Fleisch, Milch usw..

Da die Globalisierung Urbanisierung und das Leben in den Städten fördert, sind die ersten, die ihre Arbeit verlieren, die Kleinbauern auf dem Land, die so zu ungelerten, prekären Arbeitskräften im Dienste der Industrie werden. Der Verlust von Land, ihrer Lebensgrundlage, hat Zehntausende indischer Bauern in den Selbstmord getrieben. Das Gleiche geschieht seit einigen Jahrzehnten in Australien, in Europa und in den Vereinigten Staaten, obwohl es totgeschwiegen wird.

Die Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen, können nur deshalb Handel treiben, weil sie von staatlichen

Subventionen profitieren, ohne die sie auf dem freien Markt, auf den sie sich ständig berufen, nicht bestehen könnten. Die großen Umweltverschmutzer sind diejenigen, die die Globalisierung gewollt haben, die verlangten, keine Steuern zu zahlen, beim Handel mit Waren keine Zölle zu entrichten und die dank dieser Steuerbefreiung in unlauterem Wettbewerb mit lokalen Produkten und Anbietern stehen, die hingegen Steuern zahlen müssen. Doch diese großen umweltverschmutzenden Industrien können nur dank der fortgesetzten Unterstützung des Staates existieren, der gleichzeitig daran gehindert wird, kleinen Firmen, Handwerkern, Kleinunternehmern oder Kleinbauern zu helfen. Sie sind gezwungen, die Steuern zu zahlen, die die Großen nicht bezahlen, und mit den Unannehmlichkeiten des Klimawandels, der Zerstörung der Umwelt und den industriellen Mengen an Müll fertig zu werden, die von der Urbanisierung und der Großindustrie produziert werden.

Lokalisierung ist die Antwort auf Globalisierung

Genau aus diesem Grund ist die Lösung, die viele befürworten, die Lokalisierung als Gegenmittel zur Globalisierung, also die Abschaffung der Steuervergünstigungen, die die Finanz- und Wirtschaftsgiganten derzeit genießen. Die Abhängigkeit von importierten Produkten zu verringern und stattdessen mehr auf die heimische Produktion zu setzen, sind Maßnahmen, die als isolationistisch und protektionistisch bezeichnet werden, weil sie die heimischen Märkte schützen. Die Regierungen müssen aufhören, den Löwenanteil ihrer Unterstützung an multinationale Konzerne zu vergeben, und die Geldströme zugunsten lokaler und regionaler Anbieter umkehren.

Die großen Lebensmittelkonzerne behaupten, dass die Lebensmittelindustrie in einer zunehmend bevölkerten Welt die einzige sei, die den Bedarf einer wachsenden Bevölkerung decken kann. Die Realität ist jedoch, dass der kleine Hersteller eine Flexibilität hat, die für die Großindustrie unmöglich ist. Vor allem beschäftigen die Kleinerzeuger mehr Arbeitskräfte, weil der Kleinbauer nicht so mechanisiert ist wie die Großindustrie, die stattdessen aus Gründen der Arbeitersparnis Maschinen einsetzt. Außerdem, und das wissen nur wenige, kann der Kleinbauer in Wirklichkeit viel mehr Gemüse pro Quadratmeter produzieren als die Großindustrie. Der Grund? Ganz einfach. Die Fruchtbarkeit des Bodens ist größer, weil Düngemittel und Herbizide nicht in industriellen Mengen eingesetzt werden, wie es die Großerzeuger tun müssen. Auf kleinen Parzellen gibt es eine größere Artenvielfalt von Pflanzen, die nicht zu Monokulturen verurteilt sind, wie es in der Agrarindustrie der Fall ist. Das Produktivitätsverhältnis ist 3, 4 oder sogar 5 Mal höher. Auch Energiequellen funktionieren besser, wenn sie dezentralisiert und lokalisiert sind, denn auf diese Weise können sie den Energiebedarf mit größeren Einsparungen decken.

Ein internationales Beispiel für die Auswirkungen einer Politik der Lokalisierung im Gegensatz zur Globalisierung finden wir in der englischen Transition-Town-Bewegung, die als das am schnellsten wachsende Experiment bezeichnet wird, und die es auch bereits in Deutschland, Österreich und der Schweiz gibt. <https://www.transition-initiativen.org/> In Österreich: <https://transition.at/>

Quelle: Dokumentarfilm „The Economics of Happiness“ von Helena Norberg-Hodge

Link zur DVD Ökonomie des Glücks DVD mit deutschen Untertiteln <https://shop.neueerde.de/Norberg-Hodge-Helena/Oekonomie-des-Gluecks-DVD.html> . Steven Gorelick, John Page & Helena Norberg-Hodge EAN 4250128411394 DVD, 68 Minuten 15,00 € (D)

Buchtipps: „Lokal ist unsere Zukunft – Schritte zu einer Ökonomie des Glücks“ von Helena Norberg-Hodge (Neue Erde, 2022)

Dieser Artikel ist auch auf Englisch, Spanisch, Französisch, Italienisch verfügbar.

Quelle: <https://www.pressenza.com/de/2022/09/die-globalisierung-erklart-von-helena-norberg-hodge/>
Siehe E-Rundbrief Info 2192

Helena Norberg-Hodge: "Die Wirtschaft nicht den Experten überlassen!"

Georg Auernheimer 01.08.2022

Krieg schädigt Umwelt und Klima

Immer mehr Waffen. Immer mehr Krieg. Immer mehr Zerstörung. Und immer mehr Umweltschäden. Krieg und Militär sind schädlich für Umwelt und Klima. Schon in Manövern und bei den täglichen Übungen stoßen Flugzeuge, Panzer und Co. Unmengen CO2 aus. Im Krieg wird das noch mehr und die Umwelt leidet. Durch Beschuss mit konventioneller oder uranhaltiger Munition. Ein zeithistorischer und aktueller Überblick.

Die gigantische Aufrüstung, die jetzt auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, macht die bevorstehende Weltklimakonferenz in Ägypten beinahe zur Farce. Die Umweltzerstörung durch das Militär und erst recht durch Kriege findet viel zu wenig Beachtung in der Umweltbewegung, obwohl es gelegentlich wissenschaftliche und journalistische Beiträge dazu gibt. Speziell die CO2-Emissionen der Rüstungsindustrie und militärischer Aktivitäten verdienen mehr Aufmerksamkeit.

Der Ukraine-Krieg hat dazu geführt, dass dem Thema militärische Emissionen mehr Beachtung geschenkt wird?, meinte man bei der Deutschen Welle am 27. Juni 22. Der Autor, Stuart Braun, verwies auf den Research and Policy Director vom britischen Conflict and Environment Observatory. Der habe ihm erzählt, zum ersten Mal hätten ihn die Medien nach den Auswirkungen von Kriegen auf das Klima befragt. Vielleicht stößt dieser Krieg endlich eine öffentliche Debatte über den Wahnsinn an. Die Kriege, die bisher die USA und die NATO zu verantworten hatten, wurden wie Naturereignisse behandelt und erregten keinen Anstoß. Der riesige Militärapparat der USA gilt als Selbstverständlichkeit. Die Rüstungsindustrie und der Militärapparat

parat Russlands sind natürlich ebenso wenig umweltfreundlich. Die Umweltbelastung durch Rüstungsproduktion und Kriegsvorbereitung, genannt Verteidigungsanstrengungen, wird durch die Umweltzerstörung im Krieg auf die Spitze getrieben.

Militärapparat und Treibhausgase

Die Rüstungsproduktion, die Militärlogistik und die ständig laufenden Militärübungen verursachen enorme Umweltschäden durch den Verbrauch an Ressourcen und die entsprechenden Emissionen.

Früher wurden Erze, Kohle, Salpeter und Schwefel für die Rüstung benötigt, Textilfasern für die Einkleidung der Truppe nicht zu vergessen. Für die Hightech-Geräte von heute, zum Beispiel ferngesteuerte Raketen und Drohnen, braucht man auch seltene Erden, Coltan, Kobalt und Lithium, wofür ganze Gebiete umgegraben und durchwühlt werden. Atomwaffen sorgen neben den AKWs für die Nachfrage nach Uran. Die Umgebung von Uranminen ist vor allem in Afrika schwer belastet.

Bei der Produktion von Waffen und Munition fallen in Deutschland 32.000 Tonnen CO₂ an. Munition ist quasi ein Wegwerfprodukt. 8.700 Tonnen entstehen bei der Herstellung von Kampffahrzeugen. Dazu kommen Kampfflugzeuge und Drohnen. Nach Herstellerangaben hat die Eurofighter-Flotte in den vergangenen zehn Jahren weit über eine halbe Million Flugstunden absolviert. In einer Flugstunde wird so viel CO₂ emittiert, wie ein Durchschnittsdeutscher pro Jahr verursacht.

Wenn ein Airbus der Bundeswehr-Flugbereitschaft in Berlin abhebt, um zu seinem Stationierungsort nach Köln/Bonn zurückzufliegen, stößt er für diesen Flug schätzungsweise bis zu 15 Tonnen klimaschädliches CO₂ aus. Zum Vergleich: Eine Tonne CO₂ pustet man bei einer Fahrt über 4900 Kilometer mit einem Mittelklasse-Benziner in die Atmosphäre. Die erhöhte "Verteidigungsbereitschaft" der Bundeswehr macht sich beim Anstieg der Emissionen bemerkbar. 2021 hat sie beinahe 18 Prozent mehr an CO₂-Equivalent emittiert als 2019, nämlich 1,71 Millionen Tonnen gegenüber 1,45 Millionen. Auslandseinsätze sind dabei nicht berücksichtigt.

Auf mehr als 260 Bundeswehrstandorten wird täglich der Krieg eingeübt, dazu kommen zusätzlich die weltweit durchgeführten mehr als 160 NATO-Militärübungen [...] Der Kampfpanzer Leopard 2 verbraucht auf 100 Kilometer bis zu 530 Liter Diesel (im freien Gelände), ein Eurofighter verbraucht ca. 70-100 Liter Kerosin pro Minute und produziert pro Flugstunde 11 Tonnen CO₂ - das ist so viel, wie durchschnittlich eine in Deutschland lebende Person im gesamten Jahr. Allein auf der Base Ramstein finden jährlich 30.000 Starts und Landungen statt. Die CO₂-Emissionen pro Liter Treibstoff (Diesel, Benzin, Kerosin) werden mit einem bestimmten Faktor berechnet. Die Emissionen von einem Liter Benzin veranschlagt man auf das Zweieinhalbfache.

Der logistische Aufwand bei großen Manövern ist unermesslich, die Umweltbelastung entsprechend verheerend. Die NATO-Großübung Defender Europe 2021 beispielsweise erforderte die Verlegung von rund 28.000 Soldaten aus 26 Staaten und den Transport von 1.200 Militärgerätschaften,

unter anderem Kampfpanzern, aus den USA nach Albanien, Deutschland, Griechenland, Kroatien und Slowenien.

Allein die NATO, das größte Militärbündnis weltweit, plante im Jahr 2021 insgesamt 95 gemeinsame Übungen von NATO-Mitgliedsstaaten - und 220 weitere nationale und multinationale Übungen unter den Mitgliedern.

Den Rekord an CO₂-Ausstoß hält das US-Militär, das permanent global präsent ist. Fast 800 Stützpunkte in 70 Ländern, zahlreiche offizielle Einsätze und verdeckte Operationen, Flottenverbände im Mittelmeer, Atlantik, Pazifik, dem Persischen Golf, dem Roten Meer und dem Indischen Ozean. Der Verbrauch an Ressourcen und die entsprechende Emission von Treibhausgasen lassen sich aus den Angaben der Kampfunterstützungsagentur (Defense Logistics Agency, DLA) erschließen, die das Pentagon unterhält. Diese Agentur stellt nach eigenen Angaben jährlich Güter und Dienstleistungen im Wert von 35 Milliarden Dollar (30,7 Mrd. Euro) zur Verfügung, unterstützt über 2.300 Waffensysteme und begleitet neun Lieferketten mit über fünf Millionen Objekten. Von den 22 Flugzeugträgern, die weltweit im Einsatz sind, untersteht die Hälfte dem Kommando der US-Streitkräfte.

Der CO₂-Ausstoß des US-Militärs pro Jahr wurde auf 73 Millionen Tonnen geschätzt. 25 Millionen Tonnen CO₂ errechneten Forscher der Universitäten Durham und Lancaster für 2017 aus den Öleinkäufen des US-Militärs. Das US-Militär verursacht mehr Treibhausgase pro Jahr als die meisten Industrieländer. Mehr als die Hälfte davon entfällt auf die Air Force. Das US-Militär besetzt Platz 47 der größten CO₂-Emittenten im Ländervergleich.

Dass auch die geopolitischen Rivalen Russland und China mit ihrem Militär zum Treibhauseffekt beitragen, ist klar. Informationen dazu fehlen leider. Nur aus dem Vergleich der Militärausgaben lässt sich die geschätzte Umweltbelastung schließen. Die USA verausgabten 2021 801 Mrd. Dollar, China 293 Mrd., gefolgt von Indien und GB, Russland 65,9 Mrd. Dollar.

Laut Stuart Parkinson von Scientists for Global Responsibility (SGR) verursachen die weltweiten Streitkräfte und die Industriezweige, die ihre Ausrüstung liefern, zusammen schätzungsweise sechs Prozent aller weltweiten Treibhausgasemissionen.

Kriege vernichten die Umwelt

Spätestens seit man die feindlichen Stellungen mit schweren Geschützen unter Feuer nahm, also speziell im Ersten Weltkrieg, wurden Wälder, also CO₂-Senken vernichtet. Ein einmaliges Umweltvergehen war die Entlaubung der Urwälder im Vietnamkrieg. Ab 1965 setzten die US-Verbände das chemische Mittel Agent Orange großflächig in Vietnam und Laos ein. Das giftige Dioxin, das lang in der Umwelt verbleibt, schädigte neben Nutzpflanzen auch den menschlichen Organismus. 2002 litten nach Schätzungen des Roten Kreuzes etwa eine Million Vietnamesen an gesundheitlichen Schäden durch Spätfolgen von Agent Orange, darunter sind etwa 100.000 Kinder mit angeborenen Fehlbildungen.

Schadstoffe aus Bomben und Munition und ausgelau-

fene Treibstoffe aus Kampffahrzeugen haben Böden und Grundwasser verunreinigt, seit es moderne Kriegsführung gibt. Seit den 1990er Jahren kommt die Belastung der Umwelt durch abgereichertes Uran (depleted Uranium) hinzu, mit dem man die Durchschlagskraft von Munition erhöht. Die Geschosse haben einen Kern aus depleted Uranium (DU).

Der Deutschlandfunk berichtete 2001: ?Der Einsatz von panzerbrechender Munition, die durch abgereichertes Uran gehärtet wurde, bei den Luftoperationen der NATO gegen serbische Verbände in Bosnien 1995 und im Kosovo-Krieg-Krieg 1999 beschäftigt seit Anfang des Jahres in ganz Europa die Gemüter von Politikern, Militärs und Bevölkerung. Es geht um das sogenannte Balkan-Syndrom, um die Frage, ob der Einsatz uranhaltiger Munition Blutkrebs verursachen kann.?

Der Einsatz uranhaltiger Geschosse wurde damals mit Gesundheitsschäden bei NATO-Soldaten in Verbindung gebracht. Schon 1991 im ersten Irakkrieg hatten die US-Interventionstruppen DU-Munition eingesetzt. Im zweiten Irakkrieg 2003 verschossen amerikanische und britische Truppen Hunderte Tonnen DU-Munition. Auch in Syrien haben die USA nach eigenem Geständnis 2015 DU-Munition mindestens ein paar Mal verwendet.

Die Gesundheitsschäden durch Radioaktivität sind umstritten. Nach dem Urteil der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs (IPPNW) sind die Rückstände krebserregend. Der Staub des Schwermetalls Uran gehen in die Blutbahn. Sie gelangen ins Sicker- und Grundwasser und können von Pflanzen aufgenommen werden. Außerdem entstehen auf gedüngten Böden Uransalze, die leicht löslich sind und über die Pflanzen in die Nahrungskette gelangen können^.

Die beiden Irakkriege von 1991 und 2003 stellen noch unter einem anderen Aspekt einen Fall von gigantischer Umweltverschmutzung dar. Es handelt sich um die Folgen der in Brand geschossenen Ölquellen. Ein Forscherteam vom International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) hat 2004 in dem Report über "The Environmental Impacts of the Gulf War 1991" die Schäden beschrieben. Zur Erinnerung: Die Operation "Wüstensturm", die von einem Beschluss des Sicherheitsrats gedeckt war, begann Mitte Januar 1991. Innerhalb von 14 Stunden zerbombten Kampfflugzeuge in 1.300 Einsätzen Militär- und Industrieanlagen, darunter Ölförderanlagen, 800 Ölquellen explodierten, von denen 600 Feuer fingen und lichterloh brannten. Aus etwa 50 ergoss sich das Öl in den Untergrund. Saddam Hussein ließ seinerseits beim Rückzug aus Kuwait 700 Ölquellen in Brand setzen. Die Ölquellen brannten Monate lang, bis man ab Oktober 1991 daran ging, sie zu löschen und zu verschließen. Das Maximum an verbranntem Öl und Gas lag bei 355.000 Tonnen beziehungsweise 35 Mio. Kubikmetern pro Tag. Die Ruß-Emissionen wurden auf 20.000 Tonnen pro Tag und die CO₂-Emissionen ungefähr auf 24.000 Tonnen pro Tag geschätzt. Die CO₂-Emissionen von dem brennenden Öl und Gas in Kuwait wurden auf um die 130 bis 140 Mio. Tonnen geschätzt, was zwei bis drei Prozent des globalen menschengemachten Beitrags durch die Verwendung von

fossilen oder erneuerbaren Treibstoffen (recent fuels) pro Jahr entspricht und 0,1 Prozent der globalen CO₂-Emissionen insgesamt. Die meisten Rußpartikel sammelten sich in Höhen zwischen 1000 und 3000 Metern, eine sehr geringe Kontamination erreichte eine Höhe von mehr als 5000 Metern. Der Ruß ging mit Regen über der nördlichen arabischen Halbinsel als fall out nieder. Das Öl bildete ein Netzwerk von Bächen und Seen, der Menge nach auf 10 bis 20 Mio. Tonnen geschätzt, und drang in die Böden ein. Auch das Meer wurde einer Ölverschmutzung ausgesetzt.

Die über 1000 Ölquellen, die in Brand gesetzt wurden, verschmutzten also in der Bilanz Luft, Erde und Gewässer. Der CO₂-Ausstoß machte zwei bis drei Prozent der globalen Emissionen aus.

Auch im Krieg gegen die Ukraine bleiben Raffinerien und Treibstofflager nicht vor Angriffen verschont. Ende April trafen Raketen beispielsweise solche Anlagen nahe der Stadt Kremenchuk. Über Umweltschäden wurde nicht berichtet. Die Ende Juni umkämpfte Raffinerie bei Lysytschansk blieb anscheinend von Schäden verschont. Im gleichen Zeitraum traf eine ukrainische Drohne eine russische Raffinerie in der Provinz Rostow am Don, die in Brand geriet.

Nach dem Krieg: Ressourcen für den Wiederaufbau und Altlasten (Abschnitt geändert/ergänzt: 2.8.22)

Kriege in früheren Zeiten hinterließen vielleicht Löcher in einer Stadtmauer oder Kanonenkugeln, die stecken geblieben waren - heute eine touristische Attraktion. Moderne Kriege, die mit schweren Geschützen, Kampffahrzeugen, Flugzeugen, Bomben und Minen geführt werden, hinterlassen Altlasten, die Generationen in Atem halten. Chemiewaffen sind inzwischen geächtet, aber von jeder Munitionsproduktion verbleiben chemische Rückstände, die Boden und Wasser verseuchen können.

Ein Beispiel: In der kleinen Industriestadt Stadtallendorf, die wie mehrere Städte in Deutschland nach 1945 auf dem Gelände einer Munitionsfabrik errichtet wurde, wird immer wieder eine toxische Belastung von Böden festgestellt. Jüngst mussten Häuser abgerissen werden, weil die Raumluft als gesundheitsschädlich eingestuft wurde. Der Abriss weiterer Häuser ist vorgesehen.

Die ehemaligen Frontabschnitte im Westen und Osten, an denen die Nazi-Führung für den "Endsieg" Kämpfen ließ, sind bis heute vollgestopft mit Waffen und Munition. Dasselbe gilt für die ehemalige Westfront aus dem Ersten Weltkrieg. In den Vogesen und der Eifel sind permanent Kampfmittelräumdienste im Einsatz. In Brandenburg wurden nach amtlichen Angaben von 1991 bis 2010 mehr als 11.200 Tonnen an Kampfmitteln beseitigt, darunter Sprengbomben und Raketen. Bis in die 1970er Jahre hinein wurden bis zu 1,8 Millionen Tonnen Kriegsmunition in der Nord- und Ostsee versenkt, die man bisher nur zum Teil bergen konnte.

So viel zu Spätfolgen für die Umwelt am Beispiel Deutschland. In Afghanistan, Irak und Syrien sind Menschen aktuell gefährdet durch die unübersehbare Zahl an

versteckten Minen. Bauern können oft ihre Felder nicht bestellen und müssen um ihre Tiere fürchten. Eine verborgene Gefahr stellen die radioaktiven, gesundheitsschädlichen Stäube dar, die ganze Regionen belasten.

Kaum Dokumentation und Forschung

Die USA haben 1997 ihre Zustimmung zum Kyoto-Protokoll sogar davon abhängig gemacht, dass die Emissionen des Militärs nicht gemeldet und dokumentiert werden müssen. Das Protokoll sollte völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern festlegen. Generell sind die vorliegenden Energie- und Emissionsbilanzen meist lückenhaft. Die des bundesdeutschen Militärs beispielsweise ist den aktuell veröffentlichten Zahlen zum Trotz nach wie vor unvollständig, weil die Auslandseinsätze deutscher Soldaten bisher nicht eingerechnet sind. 2021 veröffentlichte das Conflict and Environment Observatory (CEOBS), eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Großbritannien, einen Bericht, demzufolge die Emissionen des britischen Militärs die bis 2018 gemeldete Menge um mindestens das Dreifache überstiegen.

Auf der COP28-Klimakonferenz im November 2023 sollen nun alle militärischen Emissionen in eine globale Bestandsaufnahme der Treibhausgase einbezogen werden. So ein Vorschlag. Ein weiterer Vorschlag sieht vor, dass die Zerstörung von Kohlenstoffspeichern während eines Krieges durch die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) überwacht wird. Ob solche "Vorschläge" Gehör finden, das wird vom "Druck der Straße" Abhängen.

Fridays for Future muss Aufrüstung bekämpfen (Abschnitt geändert/ergänzt: 2.8.22)

Die völkerrechtlichen Verträge, die im Kriegsfall massive Umweltschäden verhindern sollen, sind Vereinbarungen ohne großen Wert. Ein Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention und das schon 1976 verabschiedete Umweltkriegsübereinkommen verbieten die militärische Nutzung von Umwelt verändernden Techniken. Russland und die Ukraine gehören übrigens zu den Vertragspartien.

Eine große Bedrohung im Ukraine-Krieg wird nur von Experten wie dem Chef der Internationalen Atomenergiebehörde wahrgenommen, nämlich die Gefahr der radioaktiven Kontamination ganzer Landstriche, wenn nicht eines Kontinents. Schon ein längerer Stromausfall, im Krieg nie ganz auszuschließen, kann bei AKWs zum Versagen der Kühlsysteme und damit zur Kernschmelze führen. Die Ukraine betreibt 15 Reaktorblöcke an vier Standorten. So gesehen, war der Angriff auf das Land unverantwortlich.

Die Umweltbewegung muss wieder zugleich Friedensbewegung werden. Die Umweltbewegung ist das anfangs in den 1970er Jahren gewesen. Eine verschärfte Klimakrise wird zum Katalysator für Umweltkonflikte werden, und zwar mehr als bisher. Schon werden sie in Afrika bewaffnet ausgetragen und sind zum Anlass oder Vorwand für militärische Interventionen geworden. Der Geophysiker und Klimaforscher Bill McGuire sieht in seinem eben erschienenen Buch "Hothouse Earth" Kaum noch eine Chance, die Aufheizung des Planeten zu stoppen. Die Großmächte

hätten Besseres zu tun, als aufzurüsten und sich zu bekriegen.

Der Autor

Georg Auernheimer war bis zu seiner Emeritierung Professor für Interkulturelle Pädagogik an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Seitdem arbeitet er als politischer Publizist. Zuletzt erschien von ihm *Wie gesellschaftliche Güter zu privatem Reichtum werden. Über Privatisierung und andere Formen der Enteignung?* (PapyRossa, 2021).

Zuletzt erschienen von ihm auf hintergrund.de: *Die Russland-Sanktionen und die Schäden im Globalen Süden.* <https://www.hintergrund.de/wirtschaft/weltwirtschaft/die-russland-sanktionen-und-die-schaeden-im-globalen-sueden/>

Quelle: <https://www.hintergrund.de/globales/umwelt/>

Georg Auernheimer Veröffentlicht am 01.08.2022 in Umwelt 2.8., 20 Uhr: Präzisierungen und Ergänzungen im drittletzten und letzten Abschnitt des Textes. Siehe E-Rundbrief Info 2189

Vorbemerkung:

Auch wenn der folgende Artikel noch zu einer vergangenen Aktionswoche aufruft drucken wir diesen ab da Pascal Luig hierin die Rolle der Air Base Ramstein gut beschreibt. Es bedarf noch mehr gewaltfreie Protestaktionen!

Maria und Matthias Reichl

Pascal Luig 17.06.2022

Die Atombomben schweben über unseren Köpfen. Tanz der Toten vor der Air Base Ramstein

Vom 19.-26. Juni ist es wieder soweit, die Kampagne Stopp Air Base Ramstein veranstaltet ihre alljährliche Aktionswoche. Neben einem einwöchigen Friedenscamp, wird es eine große Demonstration am 25. Juni vor der Air Base Ramstein unter dem Motto „Tanz der Toten“ geben. Die Kampagne wendet sich gegen Aufrüstung, fordert eine Beendigung aller Waffenlieferungen, Rückkehr zu Verhandlungen und Diplomatie sowie die Schließung der Air Base Ramstein, verbunden mit einem Prozess der Konversion.

Angesichts des Angriffs Russlands auf die Ukraine, wird sich mancher Leser fragen, wieso mit Blick auf die momentane Bedrohung gegen eine militärische Einrichtung der US-Amerikaner sowie der NATO demonstriert wird. „Die Amerikaner sind da, die NATO ist da, wir sind dadurch eigentlich auch geschützt“[1], fasst es der Bürgermeister Ralf Hechler von Ramstein-Miesenbach zusammen. Aber entspricht dies auch den Tatsachen?

Die Rolle der Air Base Ramstein

Fakt ist, dass die zentrale Rolle der Air Base Ramstein in diesem Konflikt von der Öffentlichkeit bisher weitestgehend unbemerkt blieb. Die Militärbasis ist das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA. Hierüber werden schon jetzt fast alle Personen- und Frachttransporte der US-Streitkräfte während der Ukraine-Krise abgewickelt. Auf der Base befinden sich aber auch wichtige Kommandozentralen, die für den militärischen Flugverkehr von USA und NATO über Europa zuständig sind. Das integrierte Hauptquartier der U.S. Air Forces in Europe kann innerhalb von nur wenigen Stunden Luftangriffe in ganz Europa, einschließlich Russlands, organisieren. Dem AIRCOM Ramstein unterstehen die Luftwaffen aller NATO-Staaten. Eine Befehlszentrale für das sogenannte Raketenabwehrschild der USA und der NATO ist in das AIRCOM integriert. Das Abwehrrschild wurde noch vor dem Ukraine-Krieg ausgebaut. Bereits unter Präsident Obama wurde die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen beschlossen. Auf Kriegsschiffen sowie in Rumänien und Polen wurde das Aegis-Kampfsystem, das auch Atomraketen abschießen kann, stationiert. Das Abwehrrschild soll die russischen Interkontinentalraketen über Europa abfangen. Das Kampfsystem wird vom Hersteller Lockheed Martin als „ein risikoloses System für die Bedrohungen von heute – ein evolutionäres System für die Bedrohungen von morgen“ [2] angepriesen. Der Zeitraum zwischen der ersten Ortung des Ziels und dem Start der Abfangrakete beträgt unter 15 Sekunden. Dieser technische Fortschritt soll den Einsatz der nuklear bestückten Raketen von russischer Seite quasi unmöglich machen, weil die russischen Raketen ihr Ziel niemals erreichen würden.

Trägerische Sicherheit

Soweit die Theorie. In der Realität stellt sich schnell heraus, dass die trügerische Sicherheit, einen Atomkrieg zu überleben, von den Waffenherstellern, den Militärs und der Politik konstruiert ist. Ein Raketenabwehrsystem ist fehleranfällig und hat niemals eine hundertprozentige Erfolgsquote, die Raketen abzufangen. Zwar gibt es quasi keine Tests, des in Ramstein beheimateten Raketenabwehrrschildes unter realen Bedingungen, aber aus den Erfahrungen mit anderen Abwehrsystemen, wie das Patriot-System der NATO oder dem Iron Dome in Israel, können Voraussagen getroffen werden. Die Wahrscheinlichkeit, einen Atomsprengkopf mit einer Abfangrakete zu treffen, beziffern Friedensforscher deshalb auf höchstens 50 Prozent, vielleicht aber auch viel weniger. [3] Die Verteidigung gegen eine ganze Armada angreifender Raketen, gilt derzeit als technisch unmöglich. [4] Weltweit gibt es ungefähr 12.700 atomare Sprengköpfe, wovon Russland ca. 6000 besitzt. Die Annahme, wenn auch nur ein Bruchteil dieser Raketen gestartet werden, ein nukleares Szenario zu überleben, erweist sich somit als eine Lüge. In dem Szenario ist der nukleare Winter, der durch die nicht abgefangenen Atomraketen ausgelöst wird, nicht einmal einkalkuliert.

Raketenabwehr unter Idealbedingungen

Dies sind natürlich alles Mutmaßungen, da es bisher glücklicherweise bisher zu keinem Einsatz unter realen Bedingungen gekommen ist. Spielen wir also vorsorglich gedanklich das Szenario durch, das Abwehrrsystem würde wie gewünscht funktioniert und alle Raketen abfangen. In diesem Falle würden tausende mit Plutonium bestückte Atomraketen hauptsächlich über Europa pulverisiert werden. [5] Plutonium zählt aber zu den giftigsten Substanzen der Welt. Die tödliche Dosis liegt bei 20 bis 60 Milligramm, bereits 80 Millionstel Gramm reichen aus, um mit hoher Wahrscheinlichkeit Lungenkrebs auszulösen. [6] Jede Atombombe besteht aber aus mehreren Kilogramm Plutonium. Es lässt sich leicht ausmalen, was mit der Menschheit passiert, wenn sich diese in der Atmosphäre pulverisieren und über den Erdball verteilen.

In diesem Krieg können wir alle nur verlieren

Die Air Base Ramstein, wäre aus den oben genannten Gründen ein Primärziel [7] im Falle eines Atomkrieges. Diese aus geostrategischen Interessen provozierte Krise kann also zu einem militärischen Konflikt führen, bei der nicht nur die Menschen in der Ukraine, sondern wir alle verlieren.

Eine mögliche nukleare Auseinandersetzung ist derzeit wahrscheinlicher als zu Zeiten des Kalten Krieges. Damals waren die Brücken der Diplomatie nicht überall fragil, es gab ein Rotes Telefon und internationale Verträge, die z.B. die Stationierung von Mittelstreckenraketen untersagten. Die Direktorin der nationalen Nachrichtendienste Avril Haines geht davon aus, dass Putin nur Atomwaffen einsetzt, wenn es eine existenzielle Bedrohung für Russland gibt. Dies gelte für den Fall, „wenn er den Eindruck hat, dass er den Krieg in der Ukraine verliert [...]“. [8] Angesichts der vom Westen ausgesprochenen Losung, dass Putin diesen Krieg keinesfalls gewinnen darf und der Ruf nach Verhandlungen im Getöse nach Waffenlieferungen nicht einmal mehr in Erwägung gezogen wird, wäre der Weg in die letzten Tage der Menschheit vorgezeichnet.

Deshalb ist es notwendig, diesem Wahnsinn besonnen und deeskalierend entgegen zu wirken. Da dies von Politik und Medien leider kaum zu erwarten ist, ist es umso wichtiger, dass von der Bevölkerung ein Zeichen des Friedens gesetzt wird. Darum protestiert die Kampagne Stopp Air Base Ramstein vom 19. bis 26. Juni. Informationen zur Friedenscamp, Demonstration und der gesamten Aktionswoche finden sich auf www.stoppramstein.de. Nur wenn wir mit vielen gemeinsam für den Frieden demonstrieren, können wir das Kriegsgeheule von Politik und Medien stoppen....

Zum Autor:

Pascal Luig ist Historiker und Politikwissenschaftler und über viele Jahre in der Friedensbewegung aktiv. Er ist einer der Initiatoren der 2015 gegründeten Stopp-Air-Base-Ramstein-Kampagne. Seit 2018 ist er Geschäftsführer der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative – Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss).

Den vollständigen Artikel mit den Fußnoten mit weiteren Links finden Sie im E-Rundbrief Info 2185 <https://lists.horus.com/pipermail/e-rundbrief/2022/002259.html>

Uran für die Atomenergie wird immer knapper

Liebe Leser*innen,

Im Jahr 2006 veröffentlichte die Energy Watch Group (EWG) eine Studie über die künftige globale Uranförderung, erstellt von Jörg Schindler und Werner Zittel.

Vielfach gab und gibt es vor allem in der Atom-Community bis heute die Meinung, dass Uran immer genügend gefördert werden könnte, egal wie viele Atomreaktoren zugebaut und damit Uran in den Brennelementen verbraucht würden. Man würde schon „irgendwo“ neues finden und aus den Urangruben holen, wenn man nur wolle, so die oft gehörte Meinung aus der Atomwirtschaft.

Auf Seite 5 der oben genannten EWG-Studie findet sich eine Grafik über die zukünftige Uranförderung, die aus einer umfassenden Untersuchung über Urangruben und noch nicht erschlossene Uranlagerstätten hinweg eine Aussage wagte, wie sich die künftige Uranförderung auf der Erde entwickeln könnte.

Die Studienergebnisse wurden häufig von anderen Instituten bestritten und wie so oft als nicht zutreffend gebrandmarkt, denn sie zeigten eine Verknappung der Uranförderung etwa ab 2020.

So sagte die EWG für 2020 das Maximum der jährlichen Uranförderung auf etwa 55 Kilotonnen (kt) vorher, sofern die Urankosten auf niedrigem Niveau von 40 US-Dollar/kg bleiben würden. Nach diesem Höhepunkt würde ein steiler Rückgang der Förderung zu erwarten sein. Falls der Preis auf 130 US-Dollar pro kg steige, würde mit einem Fördermaximum um 2025 auf einem Niveau von 70 kt jährlicher Förderung zu rechnen sein und danach steil zurückgehen. Aktuell liegt der Uranpreis bei 56 US-Dollar pro kg.

Wie nun dem neuesten Uranatlas auf Seite 12 (siehe <https://nuclear-free.com/uranatlas.html>) zu entnehmen ist, folgt die Uranförderung ungefähr den Analysen der EWG von 2006. Im Jahr 2015 war der bisherige globale Förderhöhepunkt mit 70 kt überschritten. Seitdem ist die globale Uranförderung erheblich gesunken, auf unter 50 kt im Jahre 2020. Also deutlich früher und schneller, als selbst die EWG-Studie es prognostizierte.

Diese Entwicklung sollte die Energiepolitiker*innen der Welt sensibilisieren.

Atomkraft erzeugt im Vergleich zu Erneuerbaren Energien Strom nicht nur wesentlich teurer. Auch der Bau eines Atomreaktors dauert meist einige Jahrzehnte länger und die Baukosten liegen oft über dem Dreifachen als geplant. Zudem sind die Sicherheitsfragen und das Problem der Atommüllentsorgung noch immer nicht gelöst und der militärische Missbrauch des Atommaterials friedlicher Atomnutzung für Atomwaffen ist weiterhin üblich.

Dennoch planen Regierungen in Osteuropa und anderen Ländern heute Atomreaktoren, die frühestens in ein bis zwei Jahrzehnten in Betrieb gehen können. Blind wird ohne tiefere Analyse darauf vertraut, dass die Urangruben

auch dann noch für weitere 50 Jahre billiges Uran fördern würden.

Doch der deutliche und für viele unerwartete Rückgang der globalen Uranförderung seit etwa 2015 spricht eine andere Sprache. Es ist eher zu erwarten, dass auch bei gestiegenen Preisen das Uran in 20 Jahren nicht mehr in ausreichender Menge zur Verfügung stehen wird, um alle Atomreaktoren der Welt betreiben zu können.

Eine zweite Periode wie von 1995 bis 2005, wo erfolgreiche nukleare Abrüstungsbeschlüsse eine Vernichtung von Waffenuran in Atomreaktoren bewirkten und damit die Förderung von Uran aus Bergwerken teilweise überflüssig machte, ist heute nicht mehr in Sicht. Nach Ende dieser Waffenuranvernichtung 2005 stieg daher die Uranförderung wieder steil an.

Dieser Wiederanstieg der globalen Förderung gelang aber nicht, indem traditionelle Fördergruben in USA, Russland, Deutschland (DDR), Südafrika, Tschechien wieder eine höhere Uranförderung lieferten, sondern fast nur mit dem Erschließen neuer Fördergruben und das insbesondere in Kasachstan, sowie etwas in Australien und Kanada. Auch dies wird in Zukunft kaum mehr möglich sein, weil Regionen mit großen unerschlossenen Uranlagerstätten, so wie in Kasachstan vor 20 Jahren, heute in der Welt nicht mehr bekannt sind.

Viele der Ankündigungsprojekte zum Ausbau der Atomreaktoren in der Welt können höchstwahrscheinlich selbst nach fertigem Bau nicht in Betrieb gehen, weil sie schlicht kein Uran mehr haben werden oder die dann sehr hohen Uranpreise den Betrieb von Atomreaktoren gegenüber Erneuerbaren Energien noch tiefer in die Unwirtschaftlichkeit treiben.

Allerdings kann natürlich auch ein Stillstand oder gar ein Abschalten bestehender Atomreaktoren den Uranbedarf verringern. Genau das findet im Moment statt.

Alle Behauptungen aus der Atom-Fangemeinde, dass die Atomkraft eine verlässliche Energiequelle sei, wird gerade im Atomland Nr. 1 in Frankreich widerlegt. Wegen Rost und Rissen in Rohrleitungen und anderen Ursachen stehen aktuell in Frankreich 29 von 56 Atomkraftwerken still.

Die Versorgungssicherheit für Strom ist in Frankreich daher ernsthaft gefährdet. So liegen in Frankreich die Stromgroßhandelspreise trotz einer staatlich verordneten Strompreisobergrenze aktuell bei 240 Euro pro MWh. Für 2023 werden gar Preise über 500 Euro gehandelt. Zum Vergleich: Der Börsenstrompreis in Deutschland am EPEX-Spotmarkt lag im April 2022 bei 165 Euro/MWh.

Die deutschen Börsenstrompreise würden sicherlich noch niedriger liegen, wenn nicht der teure und knappe französische Atomstrom über den internationalen Stromhandel die Strompreise auch in Deutschland nach oben treiben würde.

Es zeigt sich erneut, dass die Mär vom billigen und versorgungssicheren Atomstrom eben nur eine Mär ist. In wenigen Jahren ist eh zu befürchten, dass die weitere Verknappung der Uranförderung zusätzlich die Atomstrompreise nach oben treiben könnte. Die Analyse der EWG aus dem

Jahre 2006 scheint mit den bisherigen Realitäten gut zu liegen, um die tatsächliche Verfügbarkeit von Uran auch in den kommenden Jahren zu beschreiben.

Damit ist klar: Jeder Neubau von Atomkraftanlagen baut auf das Luftschloss der endlosen Verfügbarkeit von Uran und der Betrieb von bestehenden Reaktoren ist höchst unsicher, wie das aktuelle Beispiel Frankreich lehrt.

Es gibt keinen anderen Weg als den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien, um eine sichere und kostengünstige Stromversorgung in Zukunft zu haben. Das Setzen auf Atomstrom ist der Irrweg, der in der Antiatombewegung schon vor Jahrzehnten längst erkannt wurde und der heute immer offensichtlicher wird.

Hammelburg, 30. Mai 2022,

Ihr Hans-Josef Fell

Diesen Beitrag finden Sie hier auch auf meiner Homepage.

<https://hans-josef-fell.de/uran-fuer-die-atomenergie-wird-immer-knapper/>

Siehe E-Rundbrief Info 2179

TERMINE ÖSTERREICH

SEPTEMBER 2022

21.9. - 5.10.LINZ (OÖ): Veranstaltungsreihe des Netzwerks „Friedensstadt Linz“ u.a. zum „Weltfriedenstag 21.9. 2022. und dem „Internationalen Tag der Gewaltfreiheit“ 2.10. 2022. (Infos: friedensstadtlinz.at)

23.9. ÖSTERREICHWEIT Weltweiter Klimastreik Infos: <https://fridaysforfuture.at/>

Details. LINZ 12:00 Landhaus: <https://fridaysforfuture.at/events/weltweiter-klimastreik-23-09-2022/linz/>,

SALZBURG 15:00 Hbf. 15:00 <https://fridaysforfuture.at/events/weltweiter-klimastreik-23-09-2022/salzburg>

ST. PÖLTEN 13:30 Bahnhofplatz: <https://fridaysforfuture.at/events/weltweiter-klimastreik-23-09-2022/sankt-poelten>,

WIEN 13:00 Wien Mitte - Heldenplatz: <https://fridaysforfuture.at/events/weltweiter-klimastreik-23-09-2022/wien>

OKTOBER 2022

3. - 5.10.2022 STADTSCHLAINING (Bgl.): Jubiläum und Konferenz „40 Jahre Friedenszentrum Vier Jahrzehnte Friedens- und Konfliktarbeit“ (Infos <https://www.aspr.ac.at/bildungstraining/aspr-kampagnen/40-jahre#/>)

5. - 7.10.2022 LINZ: Österreichweites Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen "Sichtbar Werden" (Info: <http://www.armutskonferenz.at/>)

9.10.2022 ÖSTERREICHWEIT: Wahl des Bundespräsidenten.

17.10.2022 WIEN (Wirtschaftsuniversität): „Was tun gegen Überreichtum? 4. Reichtumskonferenz“ Anmeldefrist: 1. Oktober 2022 (Infos: <https://www.armutskonferenz.at/>)

NOVEMBER 2022

11. - 13.11.2022 LINZ (Johannes Kepler Universität): 8. Österreichische Entwicklungstagung „Globale Ungleichheiten“(Infos: <https://www.mattersburgerkreis.at/site/de/veranstaltungen/aktuell/article/560.html>)

DEUTSCHLAND

SEPTEMBER 2022

23. - 24.9.2022 FRANKFURT: Wege zum Frieden - Den globalen Krieg verhindern! Abrüsten statt Aufrüsten! (attac-AG Globalisierung und Krieg , tagung-guk@t-online.de, attac-netzwerk.de)

OKTOBER 2022

1.10.2022 BUNDESWEIT: Dezentraler Aktionstag: „Stoppt den Krieg in der Ukraine - Verhandeln statt Schießen!“ (Infos: ww-friedenskooperative.de/termine/aktionstag-1.-oktober)

15.10.2022 GAMMERTINGEN: 10. Tagung "We shall overcome! -Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht“ (Infos: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/014230.html>)

INTERNATIONAL

SEPTEMBER 2022

23.9.2022: WELTWEIT: - Globaler Klimastreik“ „Die Politik versagt - Wir streiken“ (<https://fridaysforfuture.org/>)

Die Terminübersicht wurde von uns zu eurer Information zusammengestellt.

Corona-bedingt werden immer wieder Termine abgesagt oder verschoben oder weichen aus auf:

Online, Livestream, Webinar...

Bitte richtet eure Anfragen und Anmeldungen an die in Klammer nach dem Termin angegebenen Organisationen.

Aktuelle Ergänzungen:

www.begegnungszentrum.at/archiv/

10. 7. 2022 Dr. Eugen Drewermann

Rede gegen den Krieg

An Sonntag, 10. Juli 2022, wurde eine kraftvolle Rede gegen den Krieg von Deutschlands prominentestem Friedensaktivisten, Dr. Eugen Drewermann, auf YouTube mit englischen Untertiteln übertragen.

Die Rede wurde auf dem Kongress "Leben ohne NATO - Ideen für den Frieden" an der Humboldt-Universität in Berlin, Deutschland, gehalten.

Sie fordert ein Ende der Spirale der Angst, die den Krieg anheizt, und ein Ende der Bewaffnung der Moral zur Rechtfertigung von Kriegen. Es ist eine der wichtigsten Friedensreden unserer Zeit.

Wir laden Sie ein, die Ankündigung dieser Rede zu teilen, damit diese Botschaft Millionen von Menschen erreichen kann.

Der Link zur Rede lautet: <https://youtu.be/7bxvAqiMl11>

<https://www.no-to-nato.org/>

und bitte weiterverbreiten, über Social Media und Mailinglisten.

siehe E-Rundbrief Info 2188

Pass Egal Bundespräsidentchaftswahl!

... Knapp 1,4 Million Menschen im Wahlalter sind von der Bundespräsidentchaftswahl ausgeschlossen - weil sie zwar in Österreich zuhause sind, aber keinen österreichischen Pass haben. Doch Demokratie lebt von Beteiligung, nicht von Ausschluss. Deshalb bieten wir ALLEN hier lebenden Menschen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, die Möglichkeit, bei der Pass Egal Wahl ihre Stimme abzugeben! ...

Ab Anfang September bis 4. Oktober kannst du für die Kandidat*innen der Bundespräsidentchaftswahl stimmen! Gemeinsam mit Kooperationspartner*innen wird SOS Mitmensch Wahllokale in allen Bundesländern sowie die Möglichkeit der Briefwahl anbieten....

Am 4. Oktober 2022 findet von 15:00 bis 20:00 Uhr ein großes Pass Egal Wahl-Abschlussevent vor der Bundespräsidentchaftskanzlei in Wien statt. Dort kann in einem Wahlzelt gewählt werden. Es wird auch ein musikalisches und kulinarisches Rahmenprogramm geben. Anschließend werden österreichweit die Stimmen ausgezählt! ...

Den Stimmzettel sowie den Identifikationszettel und weitere Informationen gibt es bei <https://www.passegalwahl.at/>

"Begegnungswege"

Radiosendungen im Freien Radio Salzkammergut (FRS) jeden 3. Donnerstag im Monat von 19:00 – 20:00 mit Wiederholung am darauf folgenden Freitag von 10:00 - 11:00

Wir sind zu hören auf den Frequenzen:

89,6 MHz Wolfgangseeregion

94,0 MHz Pfandl,

Haiden, Strobl

100,2 MHz Bad Ischl,

Bad Goisern

104,2 MHz Ausseerland

105,9 MHz Obertraun,

Hallstatt

106,0 MHz Ebensee

107,3 MHz Gmunden, Vöcklabruck

107,5 MHz Gosautal, Rußbach

Weltweit im Livestream <https://freiesradio.at/live-stream/>

<https://freiesradio.at/sendungen/begegnungswege/>

Die Sendungen 16. Juni 2022, 21. Juli 2022, 18. August 2022 und 15. September 2022 haben wir wieder auf der CBA-Homepage <https://cba.fro.at> gespeichert.

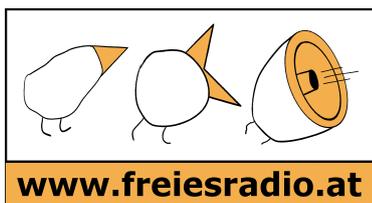
Übersicht aller veröffentlichten Beiträge der „Begegnungswege“:

<https://cba.fro.at/podcast/begegnungswege>

Ihr könnt diese Sendung auch als Podcast abonnieren bei

<https://cba.fro.at/begegnungswege/feed>

oder direkt anhören über den OnDemand Player **https://cba.fro.at/ondemand?series_id=262703**



- Info 2179 - Uran für AKWs knapper
- Infos 2180, 2191 und 2194 Termine
- Info 2181 - PDF-Rundbrief Nr. 175 (2/2022) v. 7.6.2022
- Info 2182 - Taxonomie - Absage an Atom & Gas
- Info 2183 - Radiosendung Begegnungswege 16. Juni 2022
- Info 2184 - 175. Rundbrief (2/2022) 47. Jhg.
- Info 2185 - Air Base Ramstein – Die Atombomben schweben über unseren Köpfen
- Info 2186 - Radiosendung "Begegnungswege 21. Juli 2022"
- Info 2187 - Radiosendung "Begegnungswege 18. Aug. 22"
- Info 2188 - Drewermann, Rede gegen den Krieg
- Info 2189 - Krieg schädigt Umwelt und Klima
- Info 2190 - Matthias Reichl zum Hiroshimtag 2022
- Info 2192 - Helena Norberg-Hodge - Globalisierung erklärt
- Info 2193 - Radiosendung "Begegnungswege 15. Sept. 22"

www.begegnungszentrum.at/archiv

<https://lists.horus.com/pipermail/e-rundbrief/>

Ihr könnt den **E-Rundbrief** auch direkt **Online-abonnieren** bei folgendem Link

<https://lists.horus.com/mailman/listinfo/e-rundbrief>

Aus dem Inhalt

Seite

- 1 Adr. - Konto Nr. - Mitgliedsbeiträge - Einleitung
- 3 No more Hiroshima Matthias Reichl Zum Hiroshimtag 2022 - Gerhard Kofler Friedens- und Umweltkonferenz "Give Peace a Chance"
- 5 Gerhard Kofler: Erste Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag - Höhepunkt der Nuclear Ban Week in Wien
- 7 Buchtipps - Impressum
- 8 Florella Carollo: Die Globalisierung erklärt von Helena Norberg-Hodge
- 9 Georg Auerheimer: Krieg schädigt Umwelt und Klima
- 12 Pascal Luig: Die Atombomben schweben über unseren Köpfen. Tanz der Toten vor der Air Base Ramstein.
- 14 Hans Josef Fell: Uran für die Atomenergie wird immer knapper
- 15 Termine - Eugen Drewermann: Rede gegen den Krieg

Achtung ! Neu ab 2022

Wer diesen Rundbrief und die folgenden in gedruckter Form erhalten will soll uns dieses, telefonisch 06132-24590 oder per mail an maria@begegnungszentrum.at, mitteilen!

Diesen Rundbrief speichern wir sonst nur als PDF bei den "PDF-Rundbriefe" in unserer Homepage. Wer über das Erscheinen der nächsten PDF-Rundbriefe informiert werden will, kann sich bei der "Mailingliste [Begegnungszentrum]" in unserer Homepage www.begegnungszentrum.at oder bei <https://lists.horus.com/mailman/listinfo/begegnungszentrum> selber direkt eintragen.

Maria Reichl